

SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Bergisch Gladbach



SPD-Fraktion im Rat der Stadt Bergisch Gladbach
Konrad-Adenauer-Platz 3 · D - 51465 Bergisch Gladbach

Frau Bürgermeisterin
Maria Theresia Opladen
Rathaus

51465 Bergisch Gladbach

Geschäftsstelle

Zimmer 2
Rathaus Bergisch Gladbach

Tel. / Fax (02202) 14 22 20

EINGEGANGEN

1-103
16. März 2001

Frau Haukeim hat
vorab Kopie z. K.

Datum
13.03.2001

21. MRZ. 2001

Antrag für die Ratssitzung am 05. April 2001

Sehr geehrte Frau Opladen,

die SPD-Fraktion bittet Sie, den nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 05.04.2001 zu setzen:

„Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob das ehemalige Stadtgefängnis hinter dem Bergisch Gladbacher Rathaus zur historischen Stätte deklariert werden kann und ob in den Räumlichkeiten dieses z. Zt. leerstehenden Gebäudes nach dem Vorbild des NS-Dokumentationszentrums in Köln eine museale NS-Erinnerungsstätte für die Stadt Bergisch Gladbach errichtet werden kann.“

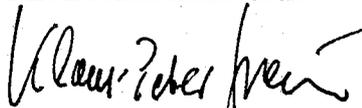
Begründung:

Es ist hinreichend bekannt, dass in dem ehemaligen Gefängnis vorübergehend Gegner des NS-Regimes und Zwangsarbeiter gefangen gehalten wurden. Wegen seiner zentralen Lage am Konrad-Adenauer-Platz und seiner geschichtlichen Relevanz eignet sich das Gebäude hervorragend als Erinnerungsstätte, in der etwa unter dem Thema „Bergisch Gladbach im Dritten Reich“ Materialien aus dem Stadtarchiv und aus Privatbesitz zusammen getragen, gelagert und in Wechsausstellungen gezeigt werden könnten. Dieses Museum, dem auch eine entsprechende Bibliothek und Videothek bei zu fügen wäre, sollte sich besonders als Anlaufstelle für Jugendliche und Schulklassen eignen, um die Erinnerung an die Vorgänge ‚vor Ort‘ während der nationalsozialistischen Diktatur wach zu halten.

Nach unserem heutigen Kenntnisstand könnte das Projekt aus dem mit 700 Millionen Mark ausgestatteten Fonds „Erinnerung und Zukunft“ der nationalen Stiftung „Erinnerung, Verant-

wortung und Zukunft“ (10-Milliarden-Fonds für die Entschädigung der Zwangsarbeiter) gefördert, vielleicht sogar kostenneutral finanziert werden. Gerade für die ausländischen Besucher der Stadt (Partnerstädte, ehemalige Zwangsarbeiter) würde die Einrichtung einer solchen Erinnerungsstätte einen glaubwürdigen Beitrag unserer Gemeinde zur Vergangenheitsbewältigung darstellen.

Mit freundlichem Gruß



Klaus-Peter Freese
Fraktionsvorsitzender